

KOLUMBIEN

Gewerkschaftsmonitor

Mai 2025

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Kolumbien ist aufgrund jahrzehntelanger Konflikte zwischen Guerillagruppen, Militärs, Paramilitärs und kriminellen Akteuren eines der gefährlichsten Länder für Gewerkschafter_innen. Dennoch bieten jüngere Entwicklungen Hoffnung: Das Ende des bewaffneten Konflikts mit der FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) schuf Raum für die Diskussion sozialer Themen ohne Angst vor Verfolgung. Unter Präsident Juan Manuel Santos (2010–2018) verbesserten sich der Schutz von Gewerkschafter_innen und die Einhaltung internationaler Arbeitnehmer_innenrechte.

Arbeitsminister_innen wie der ehemalige Bürgermeister Bogotá Luis Alberto »Luchó« Garzón und Clara López förderten den Dialog mit Gewerkschaften. Die Zeit der Annäherung an die Regierung endete allerdings 2017, als mit Griselda Janeth Restrepo Gallego (Partido Liberal) eine Arbeitsministerin antrat, die eine kritische Haltung gegenüber den Gewerkschaften einnahm.

Unter Präsident Iván Duque (2018–2022) kam es ab 2019 zu massiven sozialen Protesten, an denen Gewerkschaften mit landesweiten Streiks maßgeblich beteiligt waren. Das daraus entstandene Streikkomitee blieb auch während der Corona-Pandemie ein zentraler politischer Akteur, obwohl die Regierung den Dialog 2020 einstellte.

Pandemiebedingte Arbeitsmarktmaßnahmen kamen spät, waren unzureichend und richteten sich hauptsächlich an formal Beschäftigte. Besonders betroffene Sektoren wie Hausangestellte, die einen Beschäftigungsrückgang von 44 Prozent erlebten, wurden weitgehend ausgeschlossen. Das Streikkomitee legte Gesetzesvorschläge vor, doch diese wurden im Kongress nicht rechtzeitig behandelt.

2021 führten Pläne zur Steuerreform erneut zu landesweiten Massenprotesten. Neben etablierten Organisationen

nahmen vor allem unorganisierte Teile der Gesellschaft und viele junge Menschen teil. Die monatelangen Proteste wurden mit extremer Militär- und Polizeigewalt niedergeschlagen: 106 Fälle sexueller Gewalt, 1.929 Verletzte (darunter viele mit irreparablen Augenverletzungen), 343 Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger_innen, 3.546 willkürliche Festnahmen und 89 Tote wurden dokumentiert.

Trotz Vermittlungsversuchen von Gewerkschaften, der Katholischen Kirche, den Vereinten Nationen und Oppositionspolitiker_innen blieb die Regierung Duque autoritär und verweigerte jegliche Zugeständnisse.

Mitunter als Ergebnis der Proteste von 2019 und 2021 konnten Gustavo Petro und sein Bündnis Pacto Histórico die Wahlen 2022 für sich entscheiden. Damit wird Kolumbien erstmals von einem linken Präsidenten regiert.

Die vom Streikkomitee ausgearbeiteten arbeitsmarktpolitischen Vorschläge spielten im Wahlkampf eine zentrale Rolle und wurden sowohl vom Pacto Histórico als auch von der Coalición Centro Esperanza aufgegriffen. Beide progressiven Wahlbündnisse wurden von den Gewerkschaften unterstützt.

Mit Gloria Inés Ramírez stand bis Februar 2025 erstmals ein Mitglied der Kommunistischen Partei Kolumbiens an der Spitze des Arbeitsministeriums in Petros Regierungskoalition.

Ramírez trat jedoch im Rahmen einer umfassenden Kabinettsumbildung zurück, die Präsident Petro initiiert hatte, um die Regierung stärker auf den Nationalen Entwicklungsplan auszurichten. Trotz anfänglicher Hoffnungen auf bedeutende Reformen sieht sich die Regierung Petro mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert.

Die Umsetzung des Friedensabkommens von 2016 mit den FARC schreitet nur langsam voran, und die Initiative für einen „Umfassenden Frieden“ stagniert. Seine Zustimmungswerte sind auf etwa 34 Prozent gesunken, bedingt durch den Zerfall seiner Regierungskoalition, Skandale im Umfeld

seiner Familie und Kabinettsmitgliedern sowie ein schwaches Wirtschaftswachstum.

Die schwierige Beziehung zum Kongress hat die Verabschiedung zentraler Reformen erschwert und die politische Schwäche der Regierung unterstrichen. Die jüngsten Regionalwahlen zeigten eine Verschiebung zugunsten rechter und Mitte-rechtsstehender Parteien, die wichtige Gouverneursposten und Bürgermeisterämter gewannen – ein Rückschlag für die Pacto Histórico-Koalition, die Schwierigkeiten hat, den Schwung der Präsidentschaftswahlen 2022 aufrechtzuerhalten.

Nachfolger von Gloria Inés Ramírez wurde Antonio Sanguino von der Grünen Partei (Partido Verde). Auch ihm gelang es jedoch nicht, die dringend notwendige Arbeitsmarktreform durch den Kongress zu bringen. Ein erneuter Anlauf scheiterte im März 2025.

Daraufhin kündigte die Regierung an, zentrale Reformvorhaben in einer Volksbefragung zur Abstimmung zu stellen. Abgesehen von logistischen Fragen hätte eine solche Abstimmung jedoch keine rechtliche Bindung, und es ist unklar, ob die verfassungsmäßig notwendige Mindestbeteiligung erreicht würde.

Etwa zweieinhalb Jahre nach der Amtsübernahme stehen die meisten Gewerkschaften weiterhin an der Seite der Regierung. Trotz aller Schwierigkeiten werben sie für die geplanten Reformen, insbesondere in den Bereichen Arbeit, Gesundheit und Renten. Mit der erstmals im Konsens der Sozialpartner beschlossenen Anhebung des Mindestlohns zu Beginn des Jahres 2023 wurde dem „Sozialen Dialog“ neue Bedeutung verliehen. Leider konnte diese Einigung in den Jahren 2024 und 2025 nicht wiederholt werden.

Die Entscheidung über den Mindestlohn fiel per Dekret im Präsidentschaftsamt und wurde auf 1.423.500 COP, etwa 315 EUR, festgelegt.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

In den vergangenen Jahren zeigte Kolumbien eine moderate wirtschaftliche Entwicklung und einen stetigen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Eine Ausnahme stellt lediglich das Jahr 2020 dar, in welchem ein durch die Corona-Pandemie bedingter und temporärer Einbruch zu verzeichnen war. Im Jahr 2021 belief sich das BIP auf etwa 330 Mrd. US-Dollar.

Der größte Teil der Wirtschaftsleistung Kolumbiens wird durch den Dienstleistungssektor (57,96 Prozent des BIP im Jahr 2021) erbracht, gefolgt von der Industrie (25,01 Prozent) und der Landwirtschaft (7,43 Prozent). Die wichtigsten Exportindustrien Kolumbiens sind Rohöl und Treibstoffe (26,6 Prozent), Kohle und Kohleprodukte (15,12 Prozent), Kaffee (7,75 Prozent), Gold und Schmuck (6,14 Prozent), Blumen (4,07 Prozent) und Bananen (2,51 Prozent). Der Ex-

port macht mit ca. 16 Prozent (2021) einen erheblichen Anteil am BIP des Landes aus und dient als wichtiger Devisenbringer.

Im Bereich der Beschäftigung konnte Kolumbien in den letzten Jahren Fortschritte verzeichnen, etwa durch eine rückläufige Arbeitslosenquote. Nach einem temporären Höchstwert von 16,67 Prozent im Jahr 2020 fiel die Arbeitslosenquote 2022 auf 11,22 Prozent, im Jahr 2024 lag sie sogar bei nur etwas über 10 Prozent. Zwar sind auch die Löhne in den letzten Jahren moderat gestiegen aber die hohe soziale Ungleichheit bleibt weiter bestehen. Die hohe Inflationsrate, die 2022 einen Höhepunkt von 10,18 Prozent erreichte, sank im Jahr 2024 auf rund 5,4 Prozent.

Vor allem die Entwicklung prekärer Arbeitsverhältnisse ist weiterhin eine der größten Herausforderungen in Kolumbien. Über 60 Prozent der Arbeitnehmer_innen arbeiten in informellen Beschäftigungsverhältnissen (OECD 2022), die oft schlecht bezahlt und unsicher sind. Zudem gibt es eine hohe Anzahl von Leiharbeiter_innen und befristet Beschäftigten. Diese Prekarität beeinträchtigt die strukturelle Organisations- und Verhandlungsmacht der Beschäftigten, insbesondere der Gewerkschaften.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die Protestbewegungen ab 2019 zeichneten sich dadurch aus, dass die Gewerkschaftsbewegung Anfang des Jahres die Initiative ergriff und zum landesweiten Streik am 21. November 2019 aufrief. Erstmals gelang es dabei, auch die städtische Mittelklasse zu mobilisieren, die sich zuvor meist neutral oder indifferent gezeigt hatte.

Parallel dazu wurde ein Streikkomitee gegründet, in dem die Gewerkschaften eine führende Rolle einnahmen. Im Jahr 2020 wurden die Proteste durch gesetzliche Einschränkungen und die pandemiebedingte, monatelange Ausgangssperre erheblich eingedämmt, verschwanden jedoch nie vollständig. Inmitten dieser schwierigen Zeit fand der bis dato längste Streik in der kolumbianischen Geschichte statt: Die Bergbaugewerkschaft Sintracarbón, eine Partnerorganisation der FES, streikte insgesamt 91 Tage – vom 31. August bis zum 1. Dezember 2020 – und konnte mit breiter Unterstützung der Kohleminen-Gemeinde Guajira wesentliche Forderungen zu Arbeits- und Lohnbedingungen durchsetzen.

In zentralen Punkten konnte jedoch keine Einigung erzielt werden, weshalb der Dialog mit der Minenleitung weitergeführt wird. Der nationale Streik führte zunächst zu einigen Vereinbarungen mit der Regierung zu Arbeits- und Gewerkschaftsfragen.

Das Streikkomitee hatte der Regierung 2020 eine Dringlichkeitserklärung vorgelegt, die unter anderem folgende Punkte umfasste: die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Gesundheitssystem, die Einführung eines Pandemie-Grundkommens für 30 Millionen Menschen in Armut, Moratorien für Hypotheken- und Kreditrückzahlungen, Unterstüt-

zung der nationalen Produktion und Ernährungssicherheit sowie den Schutz der Arbeits- und Rentenrechte.

Weitere Forderungen umfassten spezifische Maßnahmen für die Rechte von Frauen, die Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt, die Aufhebung wirtschaftlich nachteiliger Notstandsdekrete und ein Verbot der Privatisierung des Pipeline-Transportnetzes von Ecopetrol.

In den letzten Jahren nutzten die Gewerkschaften zunehmend internationale Verhandlungen, um ihre Anliegen vorzubringen.

Im Rahmen der Freihandelsabkommen mit den USA und der EU erreichten sie die Aufnahme zusätzlicher Klauseln, darunter die Erweiterung des kolumbianischen Strafrechts zur Ahndung der Beeinträchtigung gewerkschaftlicher Grundrechte, die Reform des Arbeitsrechts zur Bekämpfung des Missbrauchs von Kooperativen bei Outsourcing und temporären Arbeitsverhältnissen, die Einrichtung einer ständigen ILO-Vertretung in Kolumbien und die Ausweitung von Schutzprogrammen für bedrohte Personen.

Allerdings bestehen weiterhin Defizite bei der Umsetzung dieser Vereinbarungen, weshalb Kanada und die USA wiederholt Druck auf die kolumbianische Regierung ausüben, unter anderem durch Empfehlungen und Maßnahmenpläne zu Themen wie Outsourcing und der Abschaffung von Kollektivverträgen.

Auch in den Verhandlungen um den OECD-Beitritt Kolumbiens setzten die Gewerkschaften ihre Strategie fort. Die Dachverbände CUT, CTC und CGT forderten, dass ein Beitritt erst erfolgen solle, wenn Mindestvorschriften im Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsschutz umgesetzt seien. Zwar trat Kolumbien im Mai 2018 der OECD bei, jedoch bestand die Organisation erstmalig auf der Einführung eines staatlichen Monitoringsystems, um die geforderten Reformen zu gewährleisten.

Zu diesen zählen die Verringerung informeller Beschäftigung, die Ausweitung langfristiger Arbeitsverträge mit besseren Konditionen, eine Anpassung des Mindestlohns sowie verstärkte Schutzmaßnahmen für Gewerkschafter_innen.

GEWERKSCHAFTEN IN KOLUMBIEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die Geschichte der Gewerkschaften in Kolumbien lässt sich in vier Phasen gliedern.

Die erste Phase (1920er–1946) markiert die Entstehung der ersten Gewerkschaften als Reaktion auf die prekären Arbeitsbedingungen in von ausländischen Unternehmen dominierten Industrien. Ereignisse wie das *Masacre de las bananeras* 1928 führten zur Machtübernahme der Liberalen, die eine gewerkschaftsfreundlichere Politik einleiteten.

Die zweite Phase (1946–1958) umfasst die Ära der *Violencia* und die Herrschaft von Gustavo Rojas Pinilla. Politische Umbrüche führten zu Polarisierung, Ausschlüssen und Spaltungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Gleichzeitig scheiterten die Bemühungen des Militärregimes, eine eigene gewerkschaftliche Basis zu schaffen.

Die dritte Phase (1958–1990), geprägt durch die *Frente Nacional* (dem festgelegten Machtwechsel zwischen Liberalen und Konservativen) aber auch der darauffolgenden Zeit der sog. Moderne, war eine relative Blütezeit der Gewerkschaften. Mitgliederzahlen verdoppelten sich, neue Gewerkschaftsverbände entstanden, und die kolumbianischen Gewerkschaften zählten zu den stärksten in Lateinamerika.

Die vierte Phase (1990–2022) war von neoliberalen Reformen und zunehmender Gewalt gekennzeichnet. Privatisierungen und Reformen schwächten die Gewerkschaften erheblich, während die Gewalt gegen Gewerkschaftsmitglieder durch paramilitärische Gruppen und das Militär drastisch zunahm.

Ob eine neue Phase mit mehr sozialem Dialog zwischen den großen Dachverbänden und der Regierung beginnt, bleibt abzuwarten.

Ende März 2025 unterstützen die Gewerkschaften weiterhin die Petro-Regierung.

Unklar ist, ob Gustavo Petro für die Präsidentschaftswahlen 2026 eine chancenreiche progressive Nachfolge findet, die seinen Kurs fortführt. Sollte dies gelingen, werden die Gewerkschaften erneut zu einem wahlentscheidenden Faktor.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

In Kolumbien existieren vier Formen gewerkschaftlicher Organisation: Betriebs-, Branchen-, Berufsgruppen- und gemischte Gewerkschaften. Etwa die Hälfte der Gewerkschaften sind Berufsgruppengewerkschaften, wobei Betriebsgewerkschaften mit weniger als 200 Mitgliedern dominieren.

Diese Vielfalt ermöglicht eine branchenspezifische und betriebsnahe Interessenvertretung, führt jedoch auch zu einer erheblichen Fragmentierung und birgt Konfliktpotenzial. Die Repräsentativität der Gewerkschaften variiert stark je nach Branche.

Schätzungen zufolge verteilen sich rund eine Million Gewerkschaftsmitglieder auf etwa 5.500 Einzelgewerkschaften und drei große Dachverbände: Central Unitaria de Trabajadores (CUT), Confederación de Trabajadores de Colombia (CTC) und Confederación General de Trabajadores (CGT).

Zusätzlich existieren vier weitere Gewerkschaftszentralen (CTU, CNT, CSPC, UTC), während ein Teil der Gewerkschaften unabhängig von den Dachverbänden organisiert ist. Die genaue Anzahl dieser unabhängigen Gewerkschaften ist schwer zu bestimmen.

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Kolumbien

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Central Unitaria de Trabajadores, CUT (Einheitliche Arbeiter_innenzentrale)	Präsident: Fabio Arias Giraldo Generalsekretär: Over Dorado Cardona	568044 (geschätzt), davon ca. 53 % Frauen	Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB), Gewerkschaftsbund der Amerikas (CSA)
Confederación de Trabajadores Colombianos, CTC (Bündnis Kolumbianischer Arbeiter_innen)	Präsident: Jhon Jairo Caicedo Generalsekretärin: Diana Gomez	ca. 157.671, davon ca. 6,5 % Frauen	IGB, CSA
Confederación General de Trabajadores, CGT (Allgemeines Arbeiter_innenbündnis)	Präsident: Percy Oyola Paloma Generalsekretärin: Nidia Tarazona	ca. 543.251, davon ca. 30 % Frauen	Alternativa Democrática Sindical de las Américas (ADS, ehemals IGB, CSA)

Die Gewerkschaftsverbände nutzen das Comando Nacional Unitario als gemeinsame Koordinationsstruktur. Seit den sozialen Protesten ab 2019 hat jedoch das Streikkomitee an Bedeutung gewonnen. Dieses dient als Plattform, um verschiedene soziale Bewegungen, politische Gruppierungen und Gewerkschaften zusammenzuführen und ihre Forderungen zu bündeln.

Kolumbianische Gewerkschaften vertreten ein breites Spektrum ideologischer und strategischer Ausrichtungen, die sowohl den gesellschaftlichen Diskurs als auch die Zusammenarbeit und Auseinandersetzungen mit Regierung und politischen Akteuren prägen.

Sie sind häufig parteipolitisch geprägt, wobei politische Verbindungen oder Rivalitäten sowohl zwischen Gewerkschaften als auch mit politischen Gruppierungen bestehen. Als einflussreiche Akteure der politischen Landschaft spielen sie eine zentrale Rolle bei Wahlen und politischen Debatten in Kolumbien.

Die CUT gilt als intern gespalten und gliedert sich in zwei Hauptströmungen auf:

- Eine „demokratische“ Strömung, die der Alianza Verde (konservativ-liberale Grüne Partei) und dem Polo Democrático Alternativo nahesteht.
- Eine „klassenkämpferische“ Strömung, die von der marxistisch-leninistischen Bewegung MOIR (Unabhängige und revolutionäre Arbeiter_innenbewegung) sowie von Senator Jorge Robledo unterstützt wird.

Die Konflikte innerhalb der CUT erstrecken sich über parteipolitische und personelle Differenzen bis hin zu unterschiedlichen strategischen Ansätzen, etwa in der Zusammenarbeit mit Regierungsstellen. Seit den letzten Wahlen dominiert die demokratische Strömung wieder die Vorstandsmehrheit.

In der CTC sind linksliberale und sozialdemokratische Kräfte tonangebend, während radikale Linkssozialist_innen und Kommunist_innen eine Minderheit bilden. Historisch besteht eine Nähe zur Liberalen Partei Kolumbiens, aktuell auch zu politischen Bewegungen wie dem Polo Democrático Alternativo, der Marcha Patriótica und der Unión Patriótica.

Die CGT ist überwiegend christlich-demokratisch ausgerichtet, umfasst jedoch auch eine liberale Minderheit. Sie verfolgt eine regierungsnahen Linie, setzt sich für soziale Gerechtigkeit und Arbeitnehmer_innenrechte ein und sucht gleichzeitig den Dialog mit der Regierung.

Im Oktober 2016 kündigte die CGT ihre Mitgliedschaft im CSA und im IGB.

Die Gewerkschaften prägen die politische und soziale Landschaft Kolumbiens, indem sie sich für Arbeitnehmer_innenrechte einsetzen und zugleich den Dialog mit verschiedenen politischen Akteuren suchen.

Zu den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2022 unterstützte die kolumbianische Gewerkschaftsbewegung verschiedene Kandidat_innen im progressiven Spektrum, vor allem die Bündnisse Pacto Histórico und Coalición Centro Esperanza. Zu den Unterstützern von Gustavo Petro und dem Pacto Histórico zählen vor allem Gewerkschaften im Banken-, Bergbau- und Energiesektor sowie im öffentlichen Sektor.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Kolumbien verfügt über ein etabliertes Rechtssystem, das die Gründung und Tätigkeit von Gewerkschaften regelt.

Gemäß der Verfassung und der nationalen Arbeitsgesetzgebung wird eine Gewerkschaft anerkannt, wenn ihr mindestens 25 Arbeitnehmer_innen angehören. Nach der Gründung

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Kolumbien

Branchenverband/ Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Federación Colombiana de Educadores, FECODE (Kolumbianischer Pädagog_innenbund)	CUT	Präsident: Domingo José Ayala Espitia Generalsekretär: Luis Edgardo Salazar Bolaños (seit 2023)	ca. 300000	Bildungsinternationale (EI)
Sindicato de Trabajadores de la Industria del Carbón, SINTRACARBÓN (Gewerkschaft der Arbeiter_innen der Kohleindustrie)	CUT	Präsident: Heli Arregoces	ca. 13000	IndustriALL
Sindicato de Trabajadores del Sector Eléctrico, SINTRALECOL (Gewerkschaft der Arbeiter_innen des Elektrosektors)	CUT	Präsident: Heriberto Avendaño	ca. 26000	IndustriALL
Unión Sindical Obrera, USO (Gewerkschaftlicher Arbeiter_innenbund)	CUT	Präsident: César Loza	ca. 40000	IndustriALL

können Gewerkschaften einem Dachverband beitreten. Dennoch ist der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer_innen in Kolumbien vergleichsweise gering.

Die Gewerkschaftslandschaft ist stark fragmentiert, da sich die Mitglieder auf eine Vielzahl von Einzelgewerkschaften verteilen.

Trotz gesetzlicher Regelungen werden die Rechte von Gewerkschaften und Arbeitnehmer_innen in Kolumbien sowohl rechtlich (de jure) als auch praktisch (de facto) erheblich eingeschränkt. Zahlreiche nationale und internationale Berichte dokumentieren seit den 1980er-Jahren eine massive Bedrohungslage für Gewerkschafter_innen, insbesondere durch die Ausbreitung des Paramilitarismus.

Nach Angaben der Escuela Nacional Sindical (ENS) wurden von 1973 bis Dezember 2020 insgesamt 15.285 Fälle von Mord, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen gegen Gewerkschaften registriert. Davon werden 44 Prozent paramilitärischen Gruppen zugeschrieben, während 52 Prozent der Verbrechen nicht zugeordnet werden konnten.

Zwischen 1971 und 2024 fielen in Kolumbien mehr als 3.500 Gewerkschaftsführer_innen tödlichen Angriffen zum Opfer.

Auch in jüngster Zeit bleibt Kolumbien eines der gefährlichsten Länder der Welt für Gewerkschafter_innen: Allein zwischen 2000 und 2010 entfielen weltweit 63,12 Prozent der Morde an Gewerkschafter_innen auf Kolumbien – und in 87 Prozent dieser Fälle blieb die Strafverfolgung aus. Die Situation hat sich zwar verbessert, jedoch kommt es weiterhin vor, dass Mitglieder von Gewerkschaften nur aufgrund ihres Einsatzes für Arbeitnehmer_innenrechte ermordet werden.

Obwohl es unter Präsident Juan Manuel Santos einige Bemühungen gab, den Schutz von Gewerkschafter_innen zu verbessern, blieben diese weitgehend theoretisch. Maßnahmen wie Zugeständnisse an die Internationale Arbeitsorga-

nisation (ILO) zur Umsetzung ihrer Normen wurden nur zögerlich umgesetzt.

Unter der Präsidentschaft von Iván Duque war hingegen kein Fortschritt erkennbar. Im Gegenteil: Unter dem Vorwand der wirtschaftlichen Stabilisierung wurden zusätzliche Einschränkungen der Arbeitnehmerrechte eingeführt, die von Gewerkschaften stark kritisiert wurden.

Die derzeitige Regierung von Gustavo Petro sieht sich weiterhin mit großen Herausforderungen konfrontiert. Der Schutz von Gewerkschafter_innen vor anhaltender Gewalt und Einschüchterung sowie die Durchsetzung von Arbeits- und Gewerkschaftsrechten bleiben schwierig und erfordern umfassende strukturelle Veränderungen.

In der Praxis haben Gewerkschaften in Kolumbien nur begrenzten Einfluss auf Tarifverhandlungen, und das Streikrecht wird häufig ignoriert oder eingeschränkt.

Dies ist eng mit der Stigmatisierung gewerkschaftlicher Tätigkeiten verbunden. Historisch wurden Bemühungen zur Organisation und Durchsetzung von Arbeitnehmer_innenrechten systematisch unterdrückt, und Veränderungen in diesem Bereich setzen nur sehr langsam ein.

Die Arbeitsbedingungen in Kolumbien bergen erhebliche Menschenrechtsrisiken:

Kinderarbeit ist vor allem in der Landwirtschaft und im Bergbau weit verbreitet, wo schätzungsweise 45,9 Prozent der Kinderarbeiter_innen beschäftigt sind. Trotz gesetzlicher Regelungen, die ein Mindestalter und Schutzmaßnahmen vorsehen, sind noch immer rund 506.000 Kinder in Kinderarbeit tätig.

Zwangsarbeit betrifft insbesondere Migrant_innen aus Venezuela, die in Sektoren wie der Hausarbeit, dem Baugewerbe und der Landwirtschaft ausgenutzt werden.

Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Ethnie, sexueller Orientierung und Herkunft bleibt ein ungelöstes Problem. Dies zeigt sich auch in einer signifikanten Lohnlücke zwischen Männern und Frauen.

Kolumbien hat bisher 61 Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert, darunter die zentralen Kernarbeitsnormen 87 und 98, die die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen garantieren.

Gleichzeitig fehlen wichtige Ratifizierungen, etwa der Konventionen 155 und 187, die Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz betreffen.

Obwohl gesetzliche Bestimmungen zu Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz existieren, mangelt es an zuverlässigen Daten über deren effektive Umsetzung.

Unter der Regierung Juan Manuel Santos wurde der Dialog zwischen Regierung, Unternehmer_innen und Gewerkschaften verstärkt, wie es die ILO 2011 gefordert hatte. Die Nachfolgeregierung hingegen distanzierte sich deutlich von den Arbeitnehmer_innenvertretungen, was den Fortschritt in diesen Bereichen erneut bremste.

Die Regierung Petro gibt sich zwar gewerkschaftsnah, wie tragfähig und ausbaufähig das Verhältnis ist, werden jedoch die ausstehenden politischen Entscheidungen zeigen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE KERNAUFGABEN

Obwohl die Mitgliedschaft in kolumbianischen Gewerkschaften weiterhin überwiegend von männlichen Arbeitnehmern geprägt ist, wurden in den letzten Jahren bemerkenswerte Fortschritte bei der Repräsentation von Frauen erzielt.

Die Industriegewerkschaften weisen mit weniger als 30 Prozent den niedrigsten Anteil weiblicher Mitglieder auf, was auf Geschlechterungleichheit am Arbeitsmarkt und die weiterhin patriarchale Kultur vieler Gewerkschaften zurückzuführen ist.

Positiv hervorzuheben ist die Central Unitaria de Trabajadores (CUT), die den höchsten Frauenanteil unter den Dachverbänden und die meisten Frauen im Vorstand aufweist. Diese Struktur fördert eine inklusivere und demokratischere Gewerkschaftsarbeit für Frauen.

Die Gewerkschaften setzen zunehmend Initiativen um, die speziell auf die Bedürfnisse von Frauen, prekär oder informell Beschäftigten und jungen Arbeitnehmer_innen abzielen.

Gewerkschaftsdachverbände haben eine stärkere Einbindung von Frauen in Streikkomitees und Tarifverhandlungen des öffentlichen Sektors erreicht. Geschlechtergerechte Themen wie Mutterschaft, Pflegeverantwortung sowie Prävention von sexueller Gewalt und Belästigung werden verstärkt in Tarifverhandlungen berücksichtigt.

Die CUT hat zudem eine Amtszeitbeschränkung von zwei Perioden für ihr Exekutivkomitee eingeführt, um einen kontinuierlichen Generationenwechsel und neue Perspektiven zu fördern.

In zentralen Bereichen wie Lohnverhandlungen und der Gestaltung von Arbeitsbedingungen bleibt der Erfolg der Gewerkschaften unterschiedlich. Die Tarifbindung und -abdeckung variiert stark je nach Region und Sektor, und die Einhaltung bestehender Tarifverträge stellt eine permanente Herausforderung dar. Tarifverhandlungen finden nur in 0,36 Prozent der Betriebe statt, und lediglich 16,2 Prozent der formell Beschäftigten profitieren davon. Dennoch gibt es Beispiele für erfolgreiche soziale Dialoge, die auf verschiedenen Ebenen zwischen Arbeitgeberverbänden, Arbeitnehmer_innen und Gewerkschaften geführt werden.

Die prekäre Arbeitssituation der Landbevölkerung bleibt eine zentrale Problematik. Durchschnittlich liegt das Einkommen landwirtschaftlicher Arbeiter_innen bei lediglich 72,6 Prozent des nationalen Mindestlohns, was auch mit der hohen Rate an Kinderarbeit (11,8 Prozent) zusammenhängt. Nur 2,6 Prozent der Beschäftigten im landwirtschaftlichen Sektor sind gewerkschaftlich organisiert, was die ohnehin schwache Verhandlungsposition dieser Gruppe weiter erschwert.

Die kolumbianische Gesetzgebung stellt ein weiteres Hindernis dar, da sie die von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geforderten Standards zur Förderung des sozialen Dialogs nur unzureichend umsetzt. Dies erschwert die Arbeit der Gewerkschaften und behindert Fortschritte bei der Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen.

Die prekäre Arbeitssituation der Landbevölkerung, die überwiegend in extremer Armut lebt, ist ebenfalls problematisch. Die Durchschnittslöhne liegen bei nur 72,6 Prozent des nationalen Mindestlohns, was teilweise auf die hohe Rate an Kinderarbeit (11,8 Prozent) zurückzuführen ist. Nur 2,6 Prozent der landwirtschaftlichen Arbeiter_innen sind Mitglied einer Gewerkschaft.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die Organisationsmacht der kolumbianischen Gewerkschaften hat sich in den letzten Jahren verändert. Nach einem historischen Tiefstand von 4 bis 5 Prozent im Jahr 2019 stieg der Organisationsgrad laut Angaben der Gewerkschaften während der Corona-Pandemie an.

Er liegt derzeit schätzungsweise bei 8,89 Prozent der formell Beschäftigten und 5,43 Prozent aller Beschäftigten (2024). Diese Zahlen sind jedoch mit Vorsicht zu interpretieren, da verlässliche, überprüfbare Daten fehlen.

Der Anstieg der Gewerkschaftsmitgliedschaft ist größtenteils auf die Verschlechterung der sozialen Lage während der Pandemie zurückzuführen. Die wirtschaftlichen und sozia-

len Herausforderungen führten dazu, dass sich mehr Arbeitnehmer_innen gewerkschaftlich organisierten. Strategisch haben Gewerkschaften begonnen, die Gründung von Branchengewerkschaften voranzutreiben, insbesondere in der metallverarbeitenden Industrie.

Dennoch bleibt die Entwicklung durch Anreize zur Beibehaltung von Betriebsgewerkschaften, wie bessere Arbeitsbedingungen, Löhne oder Zusatzleistungen, erschwert.

Themen wie Just Transition, grüne Arbeitsplätze, demografische Veränderungen, Geschlechterungleichheit und Digitalisierung haben an Bedeutung gewonnen. Die Corona-Pandemie beschleunigte diese Entwicklungen und führte beispielsweise zur Gründung der Gewerkschaft der digitalen Plattformarbeiter_innen (UNIDAPP). Diese zählt mittlerweile über 1.000 Mitglieder, von denen mehr als die Hälfte einen venezolanischen Migrationshintergrund haben.

Einzelgewerkschaften haben in der Regel nur begrenzten politischen Einfluss. Eine Ausnahme bildet jedoch die FE-CODE, die Lehrer_innengewerkschaft und größte Einzelgewerkschaft des Landes. Führungsmitglieder von FE-CODE haben politische Ämter inne und wurden als Delegierte in den kolumbianischen Kongress gewählt. Insgesamt wächst die Gewerkschaftsmitgliedschaft im öffentlichen Sektor weiterhin stark.

Auch Gewerkschaften im Energie- und Bergbausektor spielen eine wichtige Rolle, indem sie Einfluss auf politische und ökonomische Debatten zu Themen wie Privatisierung, umweltfreundliche Energien und die Energiewende nehmen. Diese Einzelgewerkschaften verfügen über starke internationale Beziehungen, insbesondere zum globalen Dachverband IndustriALL, was ihre Position in politischen Auseinandersetzungen stärkt.

In Kolumbien haben Gewerkschaften bei allen Herausforderungen vor allem in den letzten zehn Jahren an Bedeutung in der politischen Landschaft gewonnen. Ihre aktive Mitwirkung bei der Umsetzung des Friedensabkommens von 2016 und ihre Vertretung zentraler Sektoren wie Bildung und Bergbau haben sowohl ihren Einfluss als auch ihre gesellschaftliche Akzeptanz gestärkt.

Besonders aber auch ihre führende Rolle bei den landesweiten Streiks 2019 und den darauffolgenden sozialen Protesten bis 2020 unterstreicht ihren Beitrag zur Gestaltung von Sozialstaat, Arbeitsmarkt und Arbeitsrecht.

Trotz dieser Fortschritte bleibt die gesellschaftliche Akzeptanz der Gewerkschaften begrenzt, ebenso wie ihre Fähigkeit, breite Bündnisse zu schmieden. Die Central Unitaria de Trabajadores (CUT) hat Schwierigkeiten, Protestbewegungen inhaltlich und organisatorisch zu vereinen. Strukturelle Probleme wie die Überalterung ihrer Mitglieder, mangelnde Verbindungen zu anderen sozialen Organisationen, das Fehlen einer eigenständigen Jugendbewegung und unzureichende Erfahrung in politischen und Regierungsverhandlungen erschweren ihre Arbeit.

Um ihre Rolle im sozialen Dialog zu stärken und ihre Bündnisfähigkeit zu erhöhen, müssen diese Herausforderungen dringend angegangen werden. Insbesondere die Verbesserung der Zusammenarbeit mit anderen sozialen Bewegungen und die stärkere Einbindung junger Menschen könnten die Position der Gewerkschaften stärken.

Neben den traditionellen Gewerkschaften gibt es in Kolumbien alternative Organisationen, die Arbeitnehmer_inneninteressen vertreten, insbesondere in der informellen Wirtschaft und der Plattformarbeit. Eine dieser Initiativen ist die Plataforma Laboral, die seit 2018 als runder Tisch fungiert. Hier treffen sich Gewerkschaftsvertreter_innen, Universitäten, die nationale Gewerkschaftsschule (ENS) und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), um strategische Themen zu diskutieren.

Zusätzlich kooperieren die Gewerkschaften eng mit der Bancada Laboral, einer Gruppe von Kongressabgeordneten, die sich auf Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik spezialisiert hat. Diese Zusammenarbeit hat dazu beigetragen, dass in mehreren Gemeinden und Departements Entwicklungspläne mit einer Agenda für menschenwürdige Arbeit umgesetzt wurden.

Die Plataforma Laboral unterstützte 2020 und 2021 die lokalen Regierungen bei der Umsetzung von Maßnahmen wie:

- Förderung des Übergangs von informeller zu formeller Arbeit
- Bekämpfung illegalen Outsourcings
- Schaffung neuer Arbeitsplätze und Einkommen
- Verbesserung des Arbeitsschutzes
- Ausrottung von Kinder- und Zwangsarbeit sowie
- Entwicklung eines Care-Economy-Systems auf lokaler Ebene.

Diese Bemühungen resultierten in der Entwicklung von acht Regierungsprogrammen zur Förderung menschenwürdiger Arbeit.

Trotz Fortschritten stehen Gewerkschaften und die aktuelle Regierung weiterhin vor langfristigen Herausforderungen, darunter:

- Formalisierung des informellen Sektors
- Ratifizierung der ILO-Konvention 190 zur
- Beseitigung von Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz
- Einführung eines nationalen Pflegesystems
- Gewährleistung geschlechtergerechter Einkommen
- Förderung des sozialen Dialogs und
- Stärkung von Tarifverhandlungen und Streikrechten

Einige Gewerkschaften richten ihre politische Agenda verstärkt auf Menschenrechte und Mitgliederzuwachs aus. Sie versuchen, durch internationale Unterstützung ihren politischen Einfluss zu erweitern. Dieser Fokus ist angesichts der anhaltenden Gewalt gegen Gewerkschaftsmitglieder von entscheidender Bedeutung.

Trotz interner politischer Differenzen und Herausforderungen bei der Umsetzung von Reformen bleibt die Arbeit der Gewerkschaften in Kolumbien zentral für den sozialen Fortschritt. Ihre Fähigkeit, politische Einflussnahme mit der Vertretung der Interessen von Arbeitnehmer_innen zu verbinden, wird maßgeblich sein, um gesellschaftliche und arbeitsrechtliche Verbesserungen voranzutreiben.

Oliver Dalichau, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kolumbien

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Ulrich Storck, Referent für Brasilien, Uruguay, Gewerkschaften und Handel

ulrich.storck@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.